

## Politische „Leid“ – Kultur der CDU ?

Die CDU hatte auf ihrer Homepage im Internet einen Artikel veröffentlicht, der in drei Punkten nachweislich falsche Aussage gegen uns Grüne beinhaltete.

Zur Vorgeschichte: Bei der letzten Müllsammelaktion, an der neben uns Bündnisgrüne auch die CDU teilgenommen hat, fanden deren Sammler in einem so genannten Düker einige Wahlkampfplakate unserer Partei aus der vorletzten Wahl (nicht, wie im Artikel der CDU zu lesen war aus der letzten Wahl), die offensichtlich von Witzbolden entfernt und im besagten Düker deponiert worden sind.

Wir hatten das Verschwinden dieser Plakate nicht öffentlich gemacht, denn wir haben das rein sportlich gesehen und sehen das heute noch genauso.

Das Auffinden dieser Plakate wurde uns vom Bürgermeister nach Beendigung der Sammelaktion mitgeteilt. Wir haben dies zur Kenntnis genommen. Damit war das Thema dann für uns auch ad Acta gelegt. Nicht so bei der CDU. Sie hat das zum Anlass genommen, sich ein Bild vom damals anwesenden Zeitungsreporter zu besorgen, der diese beschädigten Plakate auch noch fotografiert hatte. Dieses Bild wurde dann ins Internet gestellt und mit einem Kommentar versehen, der sachlich 3 Fehler aufwies. Der Kommentar endete mit einer erniedrigenden und diffamierenden Aussage zu uns Grüne. Die SPD hat dann diesen Internetauftritt der CDU zum Anlass genommen, einen Antrag auf Einhaltung einer politischen Leitkultur in den Rat einzubringen. Fraktionsvorsitzender Frieling hat dann diesen Internetartikel als Glosse dargestellt. Zunächst hatten wir die ganze Geschichte noch als wildes Umher schlagen der CDU betrachtet, denn es ist ja bekannt, dass wenn sie keine Sachargumente mehr hat, werden persönliche Angriffe gestartet, um von der Sache abzulenken. Doch einen Artikel mit 3 Unwahrheiten auch noch als Glosse darzustellen, ging entschieden zu weit.

Wir hatten einige Tage vorher die CDU per Brief aufgefordert, diesen Artikel in den besagten Punkten in gleicher Weise richtig zu stellen, wie er auf der Internetseite erschienen war.



Nach Fristablauf haben wir dann beim zuständigen Amtsgericht einen Antrag auf Unterlassung und Widerruf gestellt. Der CDU wurde in dem dann folgenden Gerichtsurteil unter Androhung einer Strafe von 1.500 Euro aufgegeben die Behauptung zu unterlassen, die Ortsgrünen hätten offensichtlich keine Lust mehr gehabt, ihre vielen im Außenbereich aufgestellten Plakate wieder einzusammeln. Deshalb wurden sie versteckt, vielleicht in der Hoffnung, dass der

nächste Großregen ganze Arbeit leisten und das Material bis in die Schlinge transportieren würde.

Nun überlassen wir es dem Leser zu beurteilen, wer denn hier den Mund zu voll genommen hat.

Wir Ortsgrüne werden uns sicherlich nicht von solchen Dingen ablenken lassen und wie gewohnt die CDU-Politik sachlich-kritisch begleiten und dies erst recht aufgrund verschiedener Ereignisse in den letzten Monaten!

*Das Urteil kann auf unserer Homepage unter [www.gruene-suedlohn.de](http://www.gruene-suedlohn.de) nachgelesen werden.*

**Unsere Meinung zu folgenden Themen finden Sie auf den nächsten Seiten:**

- **Eine ewige Geschichte: Fußgängerüberweg an der Winterswijkter Straße**
- **Burloer Straße West: Noch ein Baugebiet, dass Gemeindegeschichte schreibt?**
- **Therapiezentrum Südlohn – Mit Absicht vor die Wand gefahren?**

## Werden Fußgänger nicht ernst genommen?

In der letzten Bauausschusssitzung hatte die SPD einen Antrag auf die Anbringung von Einengungen gestellt, damit die Radfahrer nicht ohne abzusteigen, die Winterswijk Str. queren sollten.

Dazu führte der stellvertretende Bürgermeister aus, dass sich zwischenzeitlich eine Kommission (wieder einmal) mit dem Thema Querung beschäftigt hatte und zu dem Ergebnis gekommen sei, dass für eine solche Einrichtung kein Platz vorhanden sei.



Daraufhin hat Josef Schleif zum wiederholten Mal endlich die Einrichtung einer Ampelanlage gefordert (natürlich gekoppelt mit den anderen bereits vorhandenen Ampeln mit optimierter Schaltung). Dabei hat er

nochmals deutlich darauf hingewiesen, dass die dort vorhandenen kombinierten Rad-/Fußgängerüberwege gegen bestehende Vorschriften verstoßen, weil viel zu schmal. Ein Beispiel für viele: Im Überholverkehr von Fußgängern und Fahrradfahrern kommt es regelmäßig zu gegenseitigen Gefährdungen. Nicht auszudenken, wenn dann noch Rollstuhlfahrer im Spiel sind.

Nachdem dann der Verwaltungsvertreter die von der Polizei vor Ort ermittelten Querungszahlen bekannt gab, hat Josef Schleif wieder einmal kritisiert, dass diese Zahlen nicht zu den Hauptverkehrszeiten ermittelt worden sein könnten, da ja weit aus höhere Zahlen gemessen worden sind. Eine Ursache könnte mal wieder die falschen Tageszeiten sein, an denen gemessen wurde.

Dann wurde weiter ausgeführt, dass diese Kommission beschlossen hat, dort eine 30-km/h-Zone einzurichten, innerhalb derer dann auch Geschwindigkeitsmessungen vorgenommen werden sollen.

Ca. ½ Jahr will man dann die Situation dort beobachten und – sofern sich die Situation dort nicht deutlich entspannt – den Zebrastreifen wieder wegnehmen.....

Dazu fällt uns derzeit nur Folgendes ein:

1. Man will die Ampel offensichtlich um jeden Preis nicht.
2. Selbst bei einer Geschwindigkeit von 30 km/h kommt es auch weiterhin zu einer permanenten lebensbedrohenden Gefährdung der Verkehrsteilnehmer, besonders der Schwachen, wie Kinder und Jugendliche sowie ältere Mitmenschen.

Wir bleiben hier am Ball und werden nicht eher ruhen, bis hier eine vernünftige Lösung gefunden ist.

### **Burloer Straße West**

#### **Ein Baugebiet schreibt Gemeindegeschichte?**



Vorweg Folgendes dazu:

Ein seit 1988 bestehender rechtsgültiger(?)

Bebauungsplan für dieses Gebiet hindert die Planer einer Umgehungsstraße nicht daran, diese Straße bis auf ca. 5 Meter (!) an

dieses Baugebiet heranzuplanen.

In den diversen Gutachten taucht dieses Baugebiet übrigens nicht einmal auf! Das haben wir damals kritisiert und kritisieren wir auch heute noch. Es ist städtebaulich ein schwerer Fehler, die einzige mögliche Entwicklungsrichtung für den Wohnungsbau in Oeding mit dieser Planung für die Umgehung einzuschränken.

Diese Straße hätte im nördlichen Bereich erhebliche Vorteile gehabt. Mit 2 Stichstraßen als Anbindung zu einer Nordumgehung hätte man mehr als 75% der Mitbürger, die nördlich der Hauptstraße wohnen, bequem auf diese Umgehung leiten können. Nun müssen bei dieser geplanten Südumgehung diese überwiegende Mehrheit der Bevölkerung quer durch den Ort fahren oder erhebliche Umwege in Kauf nehmen, um auf diese Umgehung zu gelangen.

Zurück zum Baugebiet Burloer Str. West: Nach endlosen Diskussionen und Entwürfen wurde der Bebauungsplan letztes Jahr vom Rat beschlossen. Auf Anfrage unseres Ratsmitgliedes Josef Schleif, ob denn der Kreis Borken bzw. andere Behörden keinerlei Bedenken gegen diesen Plan hätten, wurde mitgeteilt, das sei nicht der Fall.

Nun hat das OVG-Münster diesen Bebauungsplan außer Kraft gesetzt. Begründet



wird dies in erster Linie mit der Nichtberücksichtigung vitaler Interessen der an und im Baugebiet liegenden landwirtschaftlichen bzw. gewerblichen Betriebe. Tatsache ist,

dass es hier offensichtlich keine genügende Einbeziehung der vorgenannten Betriebe gab. Aus der Sicht der Betroffenen liegt klar auf der Hand, dass diese ihre Rechte ohne Wenn und Aber wahrnehmen müssen, wollen sie ihre Entwicklung und damit ihre Existenz auf Dauer nicht gefährden. Die Rechtslage dazu ist eindeutig und kann und darf nicht einfach ignoriert werden. Die Folgen der Planungsfehler sind nicht absehbar. Im schlimmsten Fall kann es dazu kommen, dass die Gelder, die die Gemeinde in die Entwicklung der Infrastruktur investiert hat, verlorene Gelder sind. Verträge, die bisher dort u.a. mit den Grundstückseigentümern geschlossen wurden, sind, was die Rechtsgültigkeit anbelangt, zu hinterfragen. Genauso schwerwiegend ist in dieser Angelegenheit der Verlust an Glaubwürdigkeit besonders bei den Bauwilligen. Diese fragen sich doch, ob es denn noch Sinn macht, mit einer Gemeinde Verträge zu schließen, wenn andere Behörden die Rechtmäßigkeit möglicherweise wieder infrage stellen können und dies nur deshalb, weil die Gemeinde ihre Hausaufgaben möglicherweise nicht genügend gemacht hat. Es ist übrigens immer fatal, wenn man sich selbst als „Macher“ präsentiert und sich dabei immer wieder selbst in Zugzwang bringt. In dieser Situation ist man immer in einer schlechteren Position als das Gegenüber mit der Folge, dass Geschäfte dann in der Regel teurer werden. Zum Schluss noch eine Anmerkung: Die ge-

samte Diskussion in der Gemeinde ist sehr konträr. Dabei ist die Sachlage klar: Ursache dieser Entwicklung ist nicht der angeblich „geldgierige“ Landwirt oder die Opposition oder der Behördenkampf untereinander. Auch liegt die Ursache nicht in Fehlern des damaligen Bebauungsplanes begründet, sondern in der totalen Fehleinschätzung der derzeitigen rechtlichen Lage. Weitere Informationen vom Anwalt des betroffenen Landwirtes hierzu können wir Ihnen in Form eines Briefes an den Gemeinderat zur Verfügung stellen. **Bilden sie sich dann Ihre eigene Meinung.** Dies wiegt um so mehr, als ja die Probleme des Brachlandes Burloer Str. Ost größtenteils gleichen Ursprungs sind, wie jetzt in Burloer Straße West. Das ist die **URSACHE**. Alles Andere ist die **WIRKUNG**. Dies gilt es hier fein säuberlich zu trennen.

## Therapiezentrum vor die Wand gefahren!

MitarbeiterInnen des Therapiezentrums haben durch die eigene Kundschaft erfahren, dass das Therapiezentrum

In der zweiten Jahreshälfte diesen Jahres geschlossen werden soll. Auf Nachfrage dieser beim Arbeitgeber erfahren sie, dass es beschlossene Sache sei.

In der darauf folgenden Ratssitzung wird dies dann durch den Bürgermeister, der – genau wie sein



Parteikollege Frieling – im Kuratorium Sitz und Stimme haben, bestätigt. Das Kuratorium habe diese Schließung einstimmig – also auch mit den Stimmen von Beckmann und Frieling – beschlossen!

Man mag gar nicht glauben, dass es in der heutigen Zeit noch Arbeitgeber gibt, die auf diese Art mit den eigenen MitarbeiterInnen umgehen. Hinter jeder dieser Mitbürger steckt ein eigenes Schicksal. Es ist unglaublich zu hören, dass es nicht ein einziges Gespräch mit den Betroffenen vor dem unsäglichen Beschluss gegeben hat! Da hat es (angeblich) diverse Gespräche

mit möglichen (Nachfolge) -Investoren gegeben – alles ohne die eigentlich Betroffenen, den Mitarbeitern, um deren Schicksal es ja eigentlich ging und geht. Das sind unglaubliche Vorgänge. Politisch ist der Fall auch ein typisches Stück aus dem Lehrbuch nach dem Motto: Erst einmal handeln und dann sehen, was geschieht. Da werden diverse Versuche unternommen, um sich gegenseitig - ob des miesen Verhaltens auch gegenüber der Öffentlichkeit - zu decken und spielt die Bälle in Sachen Verantwortlichkeit gegenseitig zu. Das gipfelt dann in der Aussage in der örtlichen Presse, man sei ja ein eigenständig handelndes Unternehmen und das Weiterführen der Einrichtung gefährde letztendlich möglicherweise den Fortbestand des Henricus-Stiftes. Das ist aber nur insoweit richtig, als dieses „Unternehmen“ in den Anfängen kräftig verlorene Zuschüsse von der Gemeinde Südlohn kassiert hat und damit allein schon eine Verantwortlichkeit gegenüber dem Steuerzahler besteht. Ferner hat es auch Stiftungsgelder in beträchtlicher Höhe für diese



Einrichtung kassiert, die zwar für eine gewisse Zeit zweckgebunden sind, aber dann als verlorene Zuschüsse gelten.

Der Fortbestand des Henricus-Stiftes kann nicht allen Ernstes als Grund für die beschlossene Schließung herhalten. Die finanziellen Spielräume der Stiftung sind weitaus besser als man es der Öffentlichkeit glauben machen will. Diese Unterstützung durch diese öffentlichen Geldgeber hatte und hat damit eine Erwartungshaltung gegenüber dieser Einrichtung aufgebaut, die da heißt: Besuch einer therapeutischen Einrichtung und dies ortsnah! Doch das wird einfach ignoriert. All das geht nun über die Wupper, denn es wurde sträflich versäumt, rechtzeitige Investitionen zu tätigen. Es wurde sträflich versäumt, rechtzeitig ein tragfähiges Konzept unter Einbeziehung der MitarbeiterInnen durchzusetzen. Dass hier gezielt darauf hingearbeitet worden ist, diese Einrichtung

zu schließen, untermauert auch die Tatsache, dass über Jahre hinweg nicht marktgerechte Konditionen für die eigenen Leistungen in Rechnung gestellt worden sind. Die Preise heute liegen bei der Konkurrenz teilweise bis ca. 50% über denen des Therapiezentrums.

Noch eine Anmerkung zum Schluss zu dem letzten, von der CDU in die Presse lancierten Leserbrief: Ob des Verhaltens der CDU-Vertreter im Kuratorium spottet es doch jener Aussage Hohn, wir Grünen hätten in Wirklichkeit kein Interesse an dem Schicksal der MitarbeiterInnen. Hier, wie in vielen anderen Fällen, in der die CDU Mist gebaut hat, wird anschließend wie wild auf die politischen Gegner eingeschlagen bar jeglicher sachlicher Argumentation. Wo war denn die CDU, wenn es um den Einsatz für die Mitarbeiter des Therapiezentrums ging? Eine solche „Politik“, wo es ausschließlich um Diffamierung geht, schadet der politischen Diskussion und schadet letztendlich der Gemeinde, denn nur sachliche Auseinandersetzungen sind zielführend! Für uns ist Politik nichts Anderes als der Wettstreit der besseren Sachargumente!

**Kontakt:**

**Südlohn: Rickers, Lohner Str. 71**

**Tel.: 02862/97097**

**Oeding: van de Sand, Burloer Str. 13**

**Tel.: 02862/580065**

**Ratsherr: Josef Schleif, Hinterm Busch 18**

**Tel.: 02862/6519**

***Wir wünschen Allen ein frohes  
Weihnachtsfest und einen guten  
Rutsch ins Jahr 2007***

**Weitere Informationen unter:**

**[www.gruene-suedlohn.de](http://www.gruene-suedlohn.de)**

**Email:**

**[info@gruene-suedlohn.de](mailto:info@gruene-suedlohn.de)**

***Zeitung Bündnis 90/Die Grünen Südlohn  
und Oeding***

**V. i. S. d. P.: Franz – Josef Rickers, Lohner Str. 71,  
46354 Südlohn **Druck: Eigendruck****